

Die doppelte Linke

Eine Analyse der Kooperation von PDS und WASG

Jürgen P. Lang, München

Einleitung

Mit 8,7 Prozent der Stimmen erreichte die in *Linkspartei* umbenannte PDS¹ 2005 ihr mit Abstand bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Gegenüber dem Desaster des Jahres 2002, als sie deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, konnte sie ihr Ergebnis mehr als verdoppeln. Sowohl in den neuen, als auch den alten Bundesländern erzielte die PDS Rekordwerte; dort vervierfachte sie ihren Stimmenanteil sogar. Das Ost-West-Gefälle blieb dennoch steil (Tabelle 1). Erstmals gelang es der PDS jedoch, in bislang unerreichte Wählerschichten vorzustoßen, wobei sie vor allem von den Stimmen ehemaliger SPD-Wähler profitierte und sozialdemokratische Hochburgen schliff.²

Tabelle 1: Ergebnisse der PDS bzw. Linkspartei. PDS bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 (Zweitstimmen in Prozent)

	2002	2005
Bundesweit	4,0	8,7
West (ohne Berlin)	1,1	4,9
Ost (mit Berlin)	16,9	25,3

Quelle: Zusammenstellung nach amtlichen Wahlstatistiken.

Dieser – als »größter Sieg der Linken« gefeierter – Erfolg war nur möglich, weil die PDS ein Wahlabkommen mit der als Reflex auf die Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung gegründeten *Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (WASG) schloss. Diese hatte auf eine eigenständige, konkur-

rierende Wahlteilnahme verzichtet. Im Gegenzug änderte die PDS den Namen und öffnete ihre Listen für WASG-Kandidaten. Etwa ein Drittel der 54 Abgeordneten in der so genannten »Linksfraktion« kam über die WASG in den Bundestag. Wahlanalysen zeigen, dass neben dem Wahlkampfthema »soziale Gerechtigkeit« die Person des WASG-Spitzenkandidaten und ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine entscheidend zum Erfolg beigetragen hat.³ So katapultierte Lafontaine die »erweiterte« PDS im Saarland – dort war er einst Ministerpräsident – von kläglichen 1,4 Prozent 2002 auf nun fulminante 18,5 Prozent. Es liegt auf der Hand, dass nicht nur im Saarland ein Gutteil der Bürger, die der Kraft links von der SPD ihre Stimme gaben, nicht »die PDS« gewählt haben, sondern eine Partei, die es als solche noch gar nicht gibt.

Angetrieben von ihrem Wahlerfolg kamen PDS und WASG überein, den Wahlpakt schneller als ursprünglich geplant mit der Fusion beider Organisationen zu besiegeln. Im Laufe des Jahres 2007, so setzten sie sich zum Ziel, solle eine neue Partei entstehen, die

1 Aus Gründen der besseren Unterscheidung spreche ich durchgehend von »PDS«. Die Bezeichnung »Linkspartei«, die sich die Partei Mitte 2005 als neuen Namen zulegte, ist in der Vergangenheit oft in anderen Zusammenhängen verwendet worden, zum Beispiel als Synonym für die WASG.

2 Vgl. Harald Schoen/Jürgen W. Falter: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ, 51–52/2005, S. 35.

3 Vgl. ebd., S. 39.

sich dauerhaft als linke Kraft in Deutschland etabliert. Das ist wenig Zeit für einen Zusammenschluss zweier Parteien, die auf den ersten Blick zwar dieselben Themen besetzen und zahlreiche politische Forderungen teilen, beim näheren Hinsehen aber deutliche Unterschiede in ihren Traditionen und Milieus sowie den strategischen und ideologischen Konzepten aufweisen. Bis sie sich intern auf ein Grundsatzprogramm einigen konnte, hatte allein die PDS vor nicht allzu langer Zeit einen fünf Jahre währenden erbitterten Ideologie-Streit auszustehen. Und auch die WASG ist sich hinsichtlich ihrer strategischen Ausrichtung nicht eins. Dieser Beitrag analysiert Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven einer Kooperation zweier ungleicher Brüder. Welche Intentionen verfolgten PDS und WASG jenseits der reinen Wahlarithmetik? Welche Positionen bezogen Befürworter und Kritiker des Projektes? Reichen die Gemeinsamkeiten für einen Zusammenschluss aus oder sind die Differenzen zu groß? Ist in Deutschland tatsächlich eine *neue* Linke im Entstehen – oder allenfalls eine aufgeblähte PDS zu erwarten?

Für die Annahme, dass die WASG dabei ist, von der PDS schlicht einverleibt zu werden, sprechen die Größenverhältnisse. Der Blick auf die Mitgliederzahlen zeigt eine 5,4-mal stärkere PDS (Tabelle 2). Im Osten ist die Diskrepanz weitaus ausgeprägter. In den neuen Ländern zählt die PDS 35,8-mal mehr Mitglieder. Rechnet man Berlin weg – die WASG-Mitglieder in diesem Bundesland machen annähernd die Hälfte der Ost-Mitglieder aus –, sind gar 61,5-mal mehr Menschen in der PDS. Der WASG dürfte es schwerfallen, in die (noch) relativ stabile Bastion der DDR-sozialisierten PDS-Anhänger in den neuen Ländern einzudringen. Umgekehrt hat der politische Newcomer WASG im Westen bereits fast zehntausend Parteibücher vergeben, während die PDS in 16 Jahren dort nicht einmal halb so viele Mitglieder gewinnen konnte.

Den Protagonisten der PDS war immer bewusst, dass die allein regionale Verankerung der Partei »langfristig keine Überlebenschance [gibt]. Der bundespolitische Einfluss ist minimal und [wird] geringer werden.« Die PDS brauche die Präsenz im Bundestag »aus existenziellen Gründen.«⁴ In der Tat konnte die Partei ihrem gesamtdeutschen Anspruch

bislang nur über Erfolge bei Bundestagswahlen gerecht werden. Alle (sonstigen) Versuche, die PDS im Westen für andere Milieus als das der alten radikalen Linken zu öffnen, zeitigten kaum Erfolge.⁵ Ein Teufelskreis, denn genau aus diesem Grund waren die Wahlergebnisse in den alten Ländern stets so marginal, dass die PDS bei jeder Abstimmung über den Bundestag vor der Fünf-Prozent-Hürde zittern musste. Die Partei blieb im Westen ein Fremdkörper. André Brie, Vordenker und Querkopf in der PDS, beklagte schon frühzeitig die Abschottung seiner Partei gegenüber »linken Diskursen« und ihre fehlende gesellschaftliche Wirkung über das fest gefügte Ost-Milieu hinaus. Dabei gebe es inzwischen ein »spürbar gewachsenes [...] Wählerpotenzial links von der SPD«, das die PDS »aus geschichtlichen und kulturellen Gründen«⁶ nicht vollständig erreichen könne. In diese Marktlücke wollte die WASG mit Absicht vorstoßen. Selbstbewusst verkündeten ihre Gründer, die Konkurrenz einer PDS nicht zu fürchten, die »für einen Großteil [...] ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linker WählerInnen und sozial enttäuschter NichtwählerInnen [...] nicht in Frage«⁷ komme.

Tabelle 2: Mitgliederzahlen der PDS und der WASG

	PDS*	WASG**
West (ohne Berlin)	4383	9654
Ost (mit Berlin)	56537	1581
<i>Berlin extra</i>	<i>9634</i>	<i>733</i>
Gesamt	60920	11235

Stand: * Januar 2005; ** Dezember 2005.

Quellen: Parteiangaben.

4 Gerry Woop: Chancen und Risiken im neuen Linksprojekt, Ms., 2.6.2005.

5 Vgl. Meinhard Meuche-Mäker: Die PDS im Westen 1990–2005. Schlussfolgerungen für eine neue Linke, Berlin 2005, S. 76–79.

6 André Brie: Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, in: Michael Brie (Hg.): Die Linkspartei. Ursprünge, Ziele, Erwartungen, Berlin 2005, S. 59.

7 Für eine wahlpolitische Alternative, Ms., 15.3.2004.

Vergleich

Anders als die aus der DDR-Staatspartei SED hervorgegangene, ideologiebewusste »Ostpartei« PDS entstand das »West-Phänomen« WASG als Protestorganisation, die sich insbesondere gegen die »Agenda 2010« und die so genannten »Hartz IV-Gesetze« der Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder richtete. Die WASG – zunächst als Verein gegründet⁸ – hatte zwei Vorläufer-Initiativen. Die eine hieß *Arbeit & soziale Gerechtigkeit* (ASG) und entsprang in Franken einem Zirkel ehemaliger IG Metall-Funktionäre mit zum Teil jahrzehntelanger SPD-Mitgliedschaft. Deren Exponent ist der heutige WASG-Vorsitzende Klaus Ernst. Die zweite Initiative namens *Wahlalternative* starteten in Norddeutschland Mitglieder der Zeitschrift *Sozialismus*, der Gruppe »Memorandum« sowie des Vorstandes der Gewerkschaft Ver.di. Prominentester Kopf ist in diesem Fall *Sozialismus*-Redakteur Joachim Bischoff, der früher dem PDS-Vorstand angehört und dort – vergeblich – versucht hatte, eine gewerkschaftsorientierte, klassisch linke Bündnispolitik durchzusetzen. Die WASG ist ein Novum: mit ihr hat sich seit den Grünen erstmals in der Bundesrepublik eine Protestpartei linker Façon außerhalb des extremistischen Spektrums gebildet. Zwar keine reine SPD-Abspaltung, gelang es der WASG dennoch – und dank des Internet erstaunlich schnell –, nicht wenige Sozialdemokraten für sich zu gewinnen. Beispielsweise wechselte Ende Juni 2005 der frühere SPD-Chef in Baden-Württemberg, Ulrich Maurer, zur WASG. Das ist der PDS, obwohl sie es darauf anlegte, in dieser Größenordnung nie gelungen.

Sind die Entstehungszusammenhänge und -milieus der Parteien denkbar unterschiedlich, eint WASG und PDS der Kampf gegen den »Neoliberalismus«. Beide verbinden mit diesem Begriff eine marktwirtschaftlich orientierte Politik auf Kosten sozialer Gerechtigkeit, die nicht nur die Unionsparteien und die FDP betrieben, sondern seit der Kanzlerschaft Schröders auch die SPD. Der »Fokus auf neoliberale Politik, der die Ursachen für nahezu alle wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der Welt zugeprochen werden, ist letztlich in [den] Programmen [beider Parteien] ähnlich.«⁹ Während aber die WASG – zumindest ursprünglich – vorhatte, den »Neolibere-

alismus« lediglich »im parteipolitischen Raum«¹⁰ zurückzudrängen, spricht die PDS von einer »neoliberalen Hegemonie« in der Gesellschaft, die es zu überwinden gelte. Von der Formulierung solch visionärer Vorgaben ist die WASG weit entfernt. Generell fehlen bei ihr verbindliche Aussagen, die auf eine Art Ideologie hindeuten. Das Gründungsprogramm und das Wahlmanifest beschränkten sich darauf, politische Nahziele zu formulieren.¹¹ Ein Teil der WASG sieht die Partei als reine Protestbewegung. Andere forderten zwar ein prononcierteres linkes Profil, eine Weltanschauungspartei wollte jedoch kaum jemand haben.¹² Dementsprechend distanzieren sich in der Fusionsdebatte die Wortführer der WASG zumeist von dem zentralen PDS-Ideologem des »demokratischen Sozialismus«. Im Verständnis der PDS handelt es sich dabei um »ein transformatorisches Projekt, das an gegenwärtigen Bedingungen ansetzt und langfristig über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist.«¹³ Dagegen strebte die WASG einen »Kurswechsel im Rahmen der gegebenen, grundsätzlich kapitalistischen Bedingungen« an.¹⁴

Angetreten ist die »Wahlpartei« WASG, um gesellschaftlichem Unmut in den Parlamenten eine Stimme zu geben. Für die »Ideologiepartei« PDS ist dagegen die Präsenz in Volksvertretungen nicht Ziel, sondern zunächst Element einer umfassenden, quasi-revolutionären Strategie, die Widerstand in der Gesellschaft,

8 Im Folgenden verwende ich die Bezeichnung »WASG« auch dann, wenn die Organisation in der Zeit vor der eigentlichen Parteigründung am 22.1.2005 angesprochen ist.

9 Horst Dietzel u. a.: Studie zum Vergleich der Parteiprogramme von PDS und WASG, Berlin 2005, S. 9.

10 Für eine wahlpolitische Alternative, Ms., 15.3.2004.

11 Vgl. *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative: Gründungsprogramm der ASG*, Ms., Nov. 2004; *Wahlmanifest der WASG*, verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel, Ms., 3.7.2005.

12 Wolfgang Gehrcke: Eindrücke von der Bundesdelegiertenkonferenz der Wahlalternative *Arbeit & Soziale Gerechtigkeit* am 20. und 21. November 2004 in Nürnberg, Ms., 24.11.2004.

13 Dieter Klein: Erstes Ziel: Eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: M. Brie (Hg.): *Linkspartei* (Anm. 6), S. 40.

14 Vgl. Tom Strohschneider: Eine Partei für die APO?, in: *Neues Deutschland*, 9.3.2004.

»Mit- und Umgestaltung« innerhalb der staatlichen Institutionen sowie die Perspektive eines neuen – allerdings unkonkreten – Gemeinwesens untrennbar miteinander verknüpfen will.¹⁵ »Erst dann«, wenn an Stelle des »Neoliberalismus« die Linke »zum Hegemon der Zivilgesellschaft geworden ist, ist die wichtigste gegenwärtige Aufgabe [...] erfüllt.«¹⁶ Anspruch und Wirklichkeit klaffen allerdings weit auseinander. Die PDS hat es trotz aller Bemühungen bislang nicht geschafft, eine Bewegung außerparlamentarischen Protests zu formieren, geschweige denn zu initiieren. Die Demonstrationen der vergangenen Jahre gegen den »Sozialabbau« blieben ein Strohfeuer; die PDS konnte sie nicht für ihre Anliegen einspannen. Auch insofern kam der zweiten Säule des »strategischen Dreiecks« große Bedeutung zu: In den Parlamenten und als Koalitionspartner der SPD in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wollte die PDS beweisen, dass sie als »sozialistische« Kraft etwas bewirken kann, ohne sich mit gesellschaftlich einflusslosen Radikalpositionen zu diskreditieren.

Aber die PDS-Politik in den rot-roten Regierungsbündnissen steht innerparteilich auf dünnem Eis. Der Parteitag in Gera Ende 2002 hatte gezeigt, dass die PDS-Basis Wahlniederlagen mit der – zwischenzeitlich wieder revidierten – Festlegung auf einer strikten Oppositionsrolle bestraft.¹⁷ Bis heute fällt es der PDS zumal im überschuldeten Berlin schwer, all das, was man den rigiden Sparvorgaben abtrotzen konnte, den Wählern und den eigenen Mitgliedern gegenüber als Element sozialistischer Politik darzustellen.¹⁸ Die junge WASG hat diese Probleme nicht. Intern scheint hinsichtlich des Oppositionsverständnisses Konsens zu herrschen. Fürs erste hat sich die WASG offenbar auf eine Oppositionsrolle in einem demokratischen System festgelegt, das sie weitgehend anerkennt. Dagegen steht die PDS in gewisser Weise in Opposition zu eben diesem System, in dem sie aber auch die Regierungsrolle einzunehmen beansprucht.¹⁹ Dieser doppelte Widerspruch hat nicht allein etwas mit strategischen Prämissen zu tun, sondern auch mit dem jeweiligen Selbstverständnis der Parteien.

Die PDS tritt als eine Art organisatorische Avantgarde der Linken auf und sieht sich selbst als die »stärkste Kraft«²⁰ in diesem Spektrum: »Keine andere Partei links von der SPD [...] verfügt über einen

vergleichbaren Einfluss im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum.«²¹ Sie beabsichtigt Mittelpunkt einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung zu sein, ohne ihren Parteicharakter zur Disposition zu stellen. Bündnisse mit linksextremistischen (Klein-)Parteien, deren Mitglieder sie in den ersten Jahren gleichwohl mit offenen Armen empfing, lehnt sie als strategisch unwirksam ab. Ihre Avancen galten in erster Linie der SPD, die man – mittels parlamentarischer Politik – zum Linksschwenk zwingen wollte. Eine Art »linke Sozialdemokratie« ist nun – ohne dass die PDS darauf Einfluss gehabt hätte – mit der WASG entstanden, zumindest was die Intentionen eines ihrer Flügel betrifft: Die aus der ASG hervorgegangene Fraktion um Klaus Ernst hegt die Vorstellung einer reinen »Sozialstaatspartei«, will quasi eine »wahre SPD« etablieren. Demgegenüber wächst in der WASG augenscheinlich die Zahl derer, die dem Konzept einer linkssozialistischen »Sammelbewegung« anhängen und die Partei auch für Linksextremisten öffnen wollen.²² Dieses mit der ursprünglichen *Wahlalternative* verknüpfte Spektrum hatte sich gegen ein schnelle Parteigründung ausgesprochen und dürfte heute im Landesverband Berlin dominant sein. Der erste Entwurf weicht ideologisch, der zweite organisatorisch vom PDS-Modell ab.

15 Vgl. Für eine soziale PDS: Sozial, mit aller Kraft! Beschluss der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS, in: Disput, 11/2004, S. 51.

16 Michael Brie: Nach der Bundestagswahl: Analyse und Prognose, Ms., Sept. 2005, S. 6.

17 Vgl. Bericht des Landesvorstandes der PDS Berlin an die 1. Tagung des 9. Landesparteitages, in: PDS-Pressedienst, 19.12.2003.

18 Vgl. Rolf Reißig/Michael Brie: Restriktionen und Optionen linkssozialistischer Politik in Regierungsverantwortung. Das Beispiel Berlin, in: standpunkte, 11/2005, S. 1–7.

19 Vgl. Horst Dietzel: Abkehr vom Klassenkampf? Die Idee eines neuen Gesellschaftsvertrages in der PDS, in: Utopie kreativ, H. 180 (Okt. 2005), S. 903.

20 PDS-Parteivorstand: Eine starke Bastion für soziale Verantwortung in Deutschland schaffen. Wahlstrategie der PDS für die vorgezogenen Bundestagswahlen 2005, Ms., 11.6.2005.

21 Lothar Bisky: Millionen für politischen Richtungswechsel, hin zu sozialer Gerechtigkeit, in: PDS-Pressedienst, 9.4.2004.

22 Vgl. Tom Strohschneider: Wahlalternative-Vorstand plagt linker Splitter, in: Neues Deutschland, 22.2.2005.

Wegmarken

Die kurze Geschichte der Kooperation zwischen PDS und WASG umfasst drei deutlich voneinander abgrenzbare Phasen. Die erste war eine Zeit beiderseitiger skeptischer Ignoranz und reichte von der Gründung der WASG bis Ende Mai 2005, also bis zur Verlautbarung Gerhard Schröders, die Wahlen zum Bundestag um ein Jahr vorziehen zu wollen. Damit begann die zweite Phase, in der sich beide Parteien schnell und relativ reibungslos auf ein Wahlabkommen einigten. Den Start der dritten, noch andauernden Phase markiert die Bundestagswahl am 18. September 2005. Von da an brachen die zuvor latenten Konflikte offen aus, ging es doch nun darum, ein regelrechtes Parteienbündnis zu schmieden. Lange Zeit war André Brie – sieht man von dem zwischenzeitlich abgehalfterten PDS-Frontmann und Oskar Lafontaines politischen Freund Gregor Gysi ab – der einzige, der sich für eine mehr oder weniger vorbehaltlose Öffnung der PDS gegenüber der WASG stark machte: ein Zeichen dafür, dass die Berührungsängste zwischen beiden Parteien anfangs groß waren. Brie war auch der erste in der PDS, der eine ganz pragmatische Rechnung aufmachte: In Deutschland sei kein »Platz für zwei linke Parteien, die beide die 5-Prozent-Hürde bei Bundestagswahlen überwinden könnten.«²³ Die Abstimmung war da noch auf 2006 terminiert.

Zu dieser Zeit herrschte auf beiden Seiten Zurückhaltung vor. Mit einer gewissen Arroganz erachtete die PDS die als »Westveranstaltung« mit Politikvorstellungen aus den 70er Jahren abqualifizierte WASG nicht als Bedrohung, wenn auch vereinzelt Warnungen vor einer ernsthaften Konkurrenz laut wurden.²⁴ Eine Zusammenarbeit wurde auf die Zeit nach einer Bundestagswahl im Jahr 2006 verschoben. Es gab aber – von den orthodoxen Kommunisten einmal abgesehen – auch keine klare Abgrenzung. Nur wenige, wie der aus Westdeutschland stammende PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow, sagten kategorisch, eine langfristige Kooperation mit der Wahlalternative komme nicht in Frage.²⁵ Offiziell vertrat der PDS-Vorstand eine unverbindliche und abwartende Position: »Die PDS ist offen für einen Dialog mit der Wahlalternative. [...] Notwendig wird er vielen Menschen erscheinen, die eine weitere Zersplitterung der Kräfte befürchten.«²⁶ Vorstellbar schien allenfalls eine Zu-

sammenarbeit »in bestimmten Schwerpunkten [...], absolut unabhängig von allen Fragen des Regierens und Opponierens.«²⁷ Auch die WASG war in ihrer Haltung gegenüber der PDS gespalten. Während etwa Klaus Ernst eine Kooperation nicht grundsätzlich ablehnte, strichen andere die Anti-Parteien-Attitüde der WASG heraus. Diese sei ein »breites Wahlbündnis, das gegen die herrschenden Parteien antreten will.«²⁸ Einig war sich die in Aufbruchstimmung befindliche WASG weitgehend darin, in Konkurrenz zur PDS in die Wahlen zu gehen. In – rückblickend betrachtet – grandioser Selbstüberschätzung rechnete etwa Vorstandsmitglied Thomas Händel damit, bei der anstehenden Abstimmung in Nordrhein-Westfalen aus dem Stand heraus in den Landtag einzuziehen und später bei den Bundestagswahlen zehn Prozent einzufahren.²⁹

Die WASG bestand ihre Feuertaupe nur ungenügend. Ganze 2,2 Prozent der Stimmen bekam sie bei den Landtagswahlen, die den Beginn der zweiten Phase einläuteten. Die PDS schnitt in Nordrhein-Westfalen mit 0,9 Prozent noch schlechter ab. Zwar führten die Wahlergebnisse beiden Parteien deutlich vor Augen, dass rein mathematisch gesehen eine Konkurrenz kandidatur wenig Sinn macht. Doch noch Tage nach Schröders Neuwahl-Ankündigung war von Kooperationseifer nichts zu spüren. Das Eis brach erst, als Lafontaine und dann auch Gysi den Hut in den Ring warfen und sich einem Linksbündnis zur Bundestagswahl als Spitzenkandidaten zur Verfügung stellten. In der Folge suchten beide Parteien hektisch nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Eine regelrechte Fusion war schon aus zeitlichen Gründen

23 André Brie: Die Linke hat kein Recht mehr auf Misserfolg, in: Sozialismus, 4/2005, S. 14.

24 Vgl. Die Leere links von der Mitte, in: Freitag, 26.3.2004.

25 Vgl. Bodo Ramelow: Genährt aus der Denkwelt westdeutscher Gewerkschaften, in: Neues Deutschland, 20.8.2004.

26 PDS ist offen für einen Dialog mit der Wahlalternative, in: PDS-Pressedienst, 26.11.2004.

27 »Wir kämpfen dafür, dass Hartz IV verschwindet«. Interview mit Lothar Bisky, in: Neues Deutschland, 14./25.8.2004

28 Axel Troost, zit.: Junge Welt, 2.11.2004.

29 Vgl. Aus eigener Kraft zehn Prozent holen. Interview mit Thomas Händel, in: Freitag, 8.4.2005.

vor der Abstimmung im September nicht machbar. Ansonsten setzte das deutsche Wahlrecht Grenzen. Eine Listenverbindung nach Vorbild des italienischen *Olivenbaum*-Bündnisses, wie sie die WASG favorisierte, ist hierzulande nicht möglich. So blieb nur das Modell offener Listen, das die PDS immer schon praktiziert hat. Die WASG-Protagonisten lehnten diese Variante zunächst rundheraus ab, selbst wenn sie eine Fusion grundsätzlich befürworteten. Sie befürchteten, von der PDS vereinnahmt zu werden.³⁰ In der Tat hatte die WASG einen großen Vertrauensvorsprung zu leisten; nur sie ging ein Risiko ein. Schließlich kontrollierte die PDS den Prozess der Listenbesetzung, weshalb Reibereien nicht ausblieben. Sie allein legte auch das Wahlprogramm vor und bezahlte den Wahlkampf. Letzteres lieferte jedoch der finanzschwachen WASG zusätzlich ein nicht unwesentliches Motiv, die offenen Listen am Ende gutzuheißen.

Doch auch die PDS hatte ihre Kröte zu schlucken. Die WASG machte zu Recht geltend, die Wähler in den alten Bundesländern würden vor PDS-Listen zurückschrecken. Sie stellte deshalb die Bedingung, die PDS solle sich einen anderen Namen geben – auch um die Neuartigkeit des Wahlprojektes zu demonstrieren. Dies wiederum verlangte den »demokratischen Sozialisten« einiges ab. Nicht nur die *Kommunistische Plattform*³¹, sondern auch nicht wenige »Reformer« warnten eindringlich, ein Verzicht auf den alten Parteinamen käme einer Preisgabe der Parteiidentität gleich. Dies ließ erahnen, dass in der PDS der Widerstand gegen eine Erosion des sozialistischen Profils notfalls groß sein würde. Mitte Juli 2005 billigte ein Parteitag den Kompromiss, das Kürzel »PDS« nur noch als Namenszusatz zu verwenden, mit 75 Prozent. Kurz zuvor hatten die WASG-Mitglieder den Wahlpakt in einer Urabstimmung mit 82 Prozent abgesegnet. Die große Zustimmung überdeckte, dass auf beiden Seiten grundsätzliche Bedenken bestehen blieben. Bis dato hatte der Wahlkalender die Schritte der Kooperation diktiert. Über Programmatik wurde in den Verhandlungen zwischen PDS und WASG kaum geredet, alle Differenzen dem »höheren Zweck« des Wahlerfolgs hintangestellt.

In der dritten Phase – also nach dem 18. September 2005 – taten sich tiefe Gräben auf. Jetzt ging

es um Inhalte, um eine gemeinsame Programmatik. Was PDS und WASG trennte, waren vor allem unterschiedliche Vorstellungen zur weiteren Vorgehensweise, auch wenn beide Seiten bekundeten, den Fusionsprozess ergebnisoffen gestalten zu wollen. Einflussreiche Politiker der PDS waren es jedoch, die zur Eile drängten und die Parole ausgaben: erst den Zusammenschluss, dann die umfassende Klärung programmatischer Fragen. Alles andere führe nur zu einem verheerenden Streit.³² Dagegen verwies der WASG-Vorstand auf die eigene Beschlusslage und forderte mehrheitlich, sich zunächst inhaltlich zu verständigen: »Wir wollen die Vereinigung zu einer neuen Partei, allerdings beanspruchen wir Zeit für unumgängliche Klärungsprozesse. Bei einer überhasteten Vereinigung würden ungeklärte politische Probleme unter den Teppich gekehrt.«³³ Diese Sorge war nicht unberechtigt, schließlich hatte die PDS bereits erste Pflöcke eingeschlagen. Nicht nur Parteichef Lothar Bisky stellte klar, an dem »sozialistischen Transformationskonzept« der PDS – das zwar »eine Menge Sprengstoff« berge – inklusive der Möglichkeit von Regierungsbeteiligungen festhalten zu wollen: »Wir gehen als Partei des Demokratischen Sozialismus in den Parteibildungsprozess und wollen [...] unsere Identität erweitern, nicht [...] preisgeben.«³⁴ Es spricht wenig dafür, dass die PDS vorhat, ideologisch-programmatisch klein beizugeben. Die im Dezember 2005 von den Spitzen beider Parteien unterzeichne-

30 Vgl. Joachim Bischoff/Björn Radke: Noch mal: Welche politische Konzeption verfolgt die Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative?, Ms., 7.6.2005.

31 Die orthodoxen Kommunisten waren für einen Wahlpakt mit der WASG, deren gewerkschaftlicher Orientierung sie durchaus etwas abgewinnen konnten. Sie lehnten aber ein Zusammengehen beider Parteien strikt ab, weil sie eine weitere »Sozialdemokratisierung« der PDS befürchteten. Vgl. Sahra Wagenknecht: Es war unmöglich, dem einen zuzustimmen, ohne gleichzeitig das andere positiv zu sanktionieren, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, 7/2005, S. 1.

32 Vgl. Stefan Liebich u. a.: Die Diskussion zur Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS – Aus der Sicht des Berliner »Sonderfalls«, Ms., Sept. 2005.

33 Bundesvorstand der WASG: Agenda 2010 abgewählt – Schwarz-Gelb hat keine Mehrheit, Ms., 20.9.2005.

34 Lothar Bisky: Der Einigungsprozess dient keinem Selbstzweck, in: PDS-Pressedienst, 9.12.2005.

te und anschließend vom PDS-Parteitag gebilligte³⁵ »Rahmenvereinbarung« stellt die Frage des »demokratischen Sozialismus« und der Regierungsbeteiligungen zwar der weiteren Diskussion anheim, doch folgende Passage kommt einer Vorfestlegung auf die PDS-Ideologie gleich: »Zur Politik der neu gebildeten Partei sollen Widerstand und Protest ebenso zählen wie die Anspruch auf Mit- und Umgestaltung und die Entwicklung über den Kapitalismus hinaus weisender gesellschaftlicher Alternativen.«³⁶

Die entscheidende Konfliktlinie verläuft jedoch nicht zwischen den beiden Parteien, sondern innerhalb der WASG zwischen einzelnen Landesverbänden und dem Bundesvorstand. Von der Basis her formierte sich schon während der zweiten Phase eine innerparteiliche Opposition der Fusionsgegner, die »sogar den Vorwurf des Verrats nicht scheute«³⁷ und nun Parteitagebeschlüsse zu konterkarieren trachtete. Lief in den meisten Bundesländern die Kooperation mit der PDS im Großen und Ganzen glatt,³⁸ schossen in der dritten Phase einige WASG-Verbände quer und drohten damit, zu anstehenden Landtagswahlen eigenständig anzutreten. Seit Herbst 2005 eskaliert der Konflikt insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Parteitage wurden in internem Streit abgebrochen, Vorstände traten zurück, die PDS-Kritiker gewannen nach und nach die Oberhand. In beiden Bundesländern waren die rot-roten Koalitionen von Seiten der WASG heftiger Kritik ausgesetzt: Die mitregierende PDS betreibe eine »Politik des sozialen Kahlschlags«.³⁹ In Mecklenburg-Vorpommern votierte im Dezember die (zahlenmäßig ausgesprochen schwache) WASG-Basis mit deutlicher Mehrheit für einen Alleingang bei Wahlen. In Berlin hatte sich ein Landesparteitag schon im Juni für eine eigenständige Kandidatur ausgesprochen, explizit um »eine starke Opposition gegen die neoliberale Politik des SPD/PDS-Senats [...] zu bilden.«⁴⁰ Ende Februar 2006 wurde die Separatkandidatur dann mit großer Mehrheit beschlossen. Der Landesvorstand der Berliner WASG hatte gegenüber der PDS schwere Geschütze aufgeföhren. Geradezu ultimativ verlangte er einen »Konsens auf antineoliberaler Grundlage«⁴¹ und die Rücknahme zahlreicher Regierungsentscheidungen als Bedingung für eine gemeinsame Kandidatur. Der WASG-Verband legte es zudem darauf

an, bereits vereinbarte Schritte der Kooperation im Nachhinein zu torpedieren und auf Bundesebene erst noch zu treffende Entscheidungen in seinem Sinne vorwegzunehmen. So lehnte ein Landesparteitag die oben erwähnte »Rahmenvereinbarung« ab, mit der Begründung, damit seien programmatische Positionen der PDS bereits festgeschrieben.⁴²

Der WASG-Bundesvorstand verurteilte das Vorgehen der Berliner und deren Strategie der vollendeten Tatsachen auf das Schärfste; Klaus Ernst drohte gar mit Parteiausschlüssen.⁴³ Die eigentliche Schuld an den Auseinandersetzungen wurde aber – zumindest aus Gründen der Diplomatie – der rot-roten Koalition gegeben: »Der Bundesvorstand der WASG ist wie der Landesvorstand der Auffassung, dass ein ›Weiter so!‹ in Berlin nicht möglich ist. Die Politik der [SPD/PDS-] Regierung [...] birgt ein erhebliches Konfliktpotenzial für den Parteibildungsprozess.«⁴⁴ Salomonisch hatte

35 Die WASG will auf ihrem inzwischen auf Ende April 2006 verschobenen Sonderparteitag darüber abstimmen.

36 Kooperationsabkommen III. Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, in: PDS-Pressedienst, 4.11.2005.

37 Joachim Bischoff/Björn Radke: Kommt das Linksbündnis zu den Wahlen im September? Zum Diskussionsstand innerhalb der WASG, Ms., 13.6.2005.

38 In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war die dort schwächere PDS nach einigem Hin und Her bereit, zugunsten der WASG auf eine Wahlteilnahme zu verzichten. Befürchtungen, die West-PDS werde der Kooperation mit der WASG geopfert, verflögen relativ schnell.

39 Berliner Appell. Für den Aufbau einer neuen politischen Kraft gegen neoliberale Politik, Ms., 15.11.2005.

40 Beschluss des 1. Landesparteitages der WASG: Eigenständiger Antritt 2006, in: Wie weiter nach den Wahlen? Reader zur Debatte in der WASG Berlin, Hg. Landesvorstand der WASG Berlin, Berlin 2005, S. 22.

41 Vgl. Landesvorstand der WASG Berlin: Gemeinsame Kandidatur in Berlin auf antineoliberaler Grundlage anstreben. Leitantrag zum 3. Landesparteitag der WASG Berlin (Entwurf), Ms., o. D.

42 Vgl. Initiativantrag an den 3. Landesparteitag der WASG Berlin: Ablehnung des Kooperationsabkommens III – Rahmenvereinbarung zum Parteibildungsprozess zwischen Linkspartei.PDS und WASG, Ms., Nov. 2005.

43 Vgl. Astrid Geisler/Uwe Rada: WASG-Spitze wirbt und droht, in: taz, 29.11.2005.

44 Bundesvorstand der WASG: Erklärung zum Landesparteitag der WASG Berlin, Ms., 28.11.2005.

die WASG-Spitze den Genossen in der Hauptstadt von einem eigenständigen Wahlkampf abgeraten und zugleich an die PDS appelliert, auf eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD zu verzichten sowie eine Entscheidung über die Aufstellung der Listen frühestens im Mai 2006 zu fällen – diesen Anliegen ist die PDS zunächst einmal entgegengekommen. Einflussreiche Fusionsbefürworter in der WASG unterstellten dem augenscheinlich immer mehr von linksradikalen Fundamentalisten kontrollierten Landesverband, bei aller berechtigter Kritik die Regierungsbeteiligung der PDS nur vorzuschieben, um das gesamte Projekt zu verhindern.⁴⁵ In diesem Zusammenhang ist die eigenständige Kandidatur ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel. Denn sie bringt die gemeinsame Bundestagsfraktion in Gefahr, schließlich dürfen nach geltender Rechtslage konkurrierende Parteien keine Fraktionsgemeinschaft bilden. Offenbar ist nicht nur die WASG-Führung mit der Situation überfordert. Der Chef der Berliner PDS, Klaus Lederer, warf seinem Bundesvorstand vor, das Problem auszusetzen.⁴⁶ so hatten alle Vermittlungsversuche keine Lösung gebracht. Beide Parteien dürften einen Vorgeschmack davon bekommen haben, welches Konfliktpotenzial ein linker Zusammenschluss enthalten kann, wenn er denn zustande kommt.

Perspektiven

Mit einer Portion Zweckpessimismus sagt André Brie voraus, auch eine fusionierte Linkspartei habe »ganz und gar keine Sicherheit auf eine dauerhafte Perspektive und darauf, die mögliche und notwendige parteipolitische Plattform einer modernen, neuen Linken in Deutschland zu werden.« Sie »wird sich [...] auf keine gefestigten Milieus und nur in der Minderheit auf Stammwähler stützen können.«⁴⁷ Es wäre vermessen, die Etablierung einer relevanten Linksaußenpartei auch in den alten Bundesländern zu prognostizieren; dazu sind trotz des Lafontaine-Effektes die Wahlergebnisse zu dürftig und die zusammengerechnet 14 000 Mitglieder im Westen allenfalls ein Achtungserfolg. Damit eine solche Organisation den Quantensprung zu einer nachhaltigen erfolgreichen gesamtdeutschen Kraft schafft, ist wohl mehr nötig als die bloße Addition der »Ostpartei« PDS mit der »Westpartei« WASG, deren Existenz

momentan nur auf einer bestimmten, möglicherweise kurzlebigen, politischen Konjunktur gründet. Beide Parteien haben, was ihre politischen Forderungen betrifft, einiges gemeinsam. Bei näherem Hinsehen treten jedoch große Differenzen in den ideologischen, strategischen und organisatorischen Vorstellungen zu Tage. Ob allein der »Anti-Neoliberalismus« PDS und WASG auf Dauer zusammenhalten kann, ist fraglich. Von ihren Kommunisten abgesehen, ist die PDS im Moment einhellig auf Fusionskurs und tut sich nicht allzu schwer, auf die WASG zuzugehen. Als in jeder Hinsicht dominanter Partner hat die PDS, sollte der Zusammenschluss vollzogen werden, am wenigsten zu verlieren. Dagegen ringt die WASG noch mit sich selbst, umgetrieben von der berechtigten Sorge, in der PDS aufzugehen, ohne Spuren zu hinterlassen.

Welche Szenarien sind denkbar? Fast unmöglich scheint ein *merger of equals* zu sein, in dem beide Organisationen gleichberechtigt zu einer neuen Partei mit neuer Programmatik zusammenwachsen, auch wenn ihre Protagonisten vorgeben, genau das anzustreben. Die PDS wird ihre sozialistische Identität, die Grundidee des kategorischen Antikapitalismus und die Vision einer anderen Gesellschaft auch nach einer Fusion nicht über Bord werfen. Unwahrscheinlich ist aber auch, dass das Projekt vollständig scheitert. Dazu steht für beide Seiten zuviel auf dem Spiel. Weiter auf sich gestellt, wären die Zukunftsaussichten der Parteien düster. Die PDS könnte ihren zum Lebenselixier erkorenen gesamtdeutschen Anspruch beerdigen, und das Ende der Wahlalternative wäre wohl besiegelt. Es ist damit zu rechnen, dass in diesem *worst case* zahlreiche WASG-Mitglieder hauptsächlich der Sozialstaats-Fraktion in die PDS wechseln, was aufgrund der extra eingräumten Möglichkeit der Doppelmitgliedschaften sowieso schon

45 Vgl. Joachim Bischoff/Björn Radke: Neue Linke und Regierungsbeteiligung, Ms., 7.12.2005; Axel Troost: Verantwortungsvoll mit dem Berlin-Problem umgehen!, Ms., Dez. 2005.

46 Vgl. Klaus Lederer: Sich der Herausforderung stellen, in: PDS-Pressedienst, 9.12.2005.

47 André Brie: Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen, Ms., Aug. 2005.

praktiziert wird. Die gemeinsame Bundestagsfraktion hat Tatsachen geschaffen und kann nicht leichtfertig zur Disposition gestellt werden.

Es wird in jedem Fall auf eine Art »Beitritt« der WASG, oder besser eines Teils von ihr, zur PDS hinauslaufen. Die Auseinandersetzungen in Berlin lassen erahnen, dass die instabile Wahlalternative auch eine erfolgreiche Fusion nicht ohne Abspaltungen oder zumindest Austritte linkssozialistischer Fundamentalisten übersteht. Die auch in der PDS virulente Kritik an den rot-roten Koalitionen reicht allein sicherlich nicht aus, einen Zusammenschluss zu verhindern. Wahrscheinlich wird eine im Westen um die (verbliebene) WASG vergrößerte PDS entstehen, mit nur leicht modifizierter Programmatik. Doch selbst wenn es gelänge, sich auf ein allseits akzeptables politisches Konzept zu einigen, das die strategischen

Pläne der PDS mit den sozialstaatlichen Forderungen der Kern-WASG verbindet, würden die ideologischen Auseinandersetzungen der PDS in der neuen Partei fortgesetzt, wenn nicht potenziert werden. Neben den Kommunisten und den »Reform«-Sozialisten käme mit der WASG das dritte starke Lager der sozialen Pragmatiker in die Partei, das dort ebenfalls um die ideologische Lufthoheit ränge. Die stillschweigende Hoffnung der PDS-»Reformer«, auf diese Weise den orthodoxen Flügel stützen oder gar aus der Partei drängen zu können, ist trügerisch. Die Hausmacht der zwar zahlenmäßig kleinen *Kommunistischen Plattform* ist – gerade wenn Krisenzeiten anbrechen – nicht zu unterschätzen. Ein »kultureller« Ost-West-Konflikt stünde ins Haus, der bislang in der PDS wegen ihrer Schwäche in den alten Bundesländern kaum ausgeprägt war. Etwas »Neues« wird linksaußen wohl nicht entstehen.